

Bund-Länder-Dialog bei der Umsetzung des Aktionsplans Flächensparen Fachforum „Digitalisierung – Stellschraube einer bedarfsgerechten Flächenpolitik?“

im Rahmen des 14. Zukunftsforums Ländliche Entwicklung
auf der Grünen Woche 2021

Mittwoch, 20. Januar 2021

Dokumentation

Vorbemerkung

Das Fachforum „Digitalisierung – Stellschraube einer bedarfsgerechten Flächenpolitik?“ auf dem 14. Zukunftsforum Ländliche Entwicklung anlässlich der Grünen Woche 2021 wurde im Rahmen des Vorhabens „Bund-Länder-Dialog bei der Umsetzung des Aktionsplans Flächensparen“ des Umweltbundesamtes durchgeführt. Mit der Organisation und Durchführung des Bund-/ Länder-Dialogs ist das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) zusammen mit den Büros Institut Raum & Energie (Wedel) und Gertz Gutsche Rümenapp (Hamburg) vom Umweltbundesamt (UBA) beauftragt. Im Rahmen dieses Dialogs werden in einer Reihe von thematisch breit angelegten Dialogveranstaltungen die mit dem Flächensparziel der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie verbundenen Fragestellungen zwischen Akteuren aus Bundes- und Landesministerien, Regionen und Kommunen sowie wissenschaftlichen Fachleuten diskutiert.

Inhaltlicher Hintergrund

Digitalisierung bietet ein großes Potenzial für die Entwicklung ländlicher Räume. Chancen bieten sich durch neue Formen von Arbeit wie Homeoffice und Co-Working-Spaces oder bessere und flexiblere Angebote der öffentlichen Daseinsvorsorge. Digital unterstützte Mobilitätsangebote sind dafür ein Beispiel.

Dieses Potenzial kann allerdings nur ausgeschöpft werden, wenn geeignete räumliche Rahmenbedingungen geschaffen und ausgebaut werden. Dieser Aufgabe muss sich eine nachhaltige Flächen- und Siedlungspolitik für den ländlichen Raum stellen. Die digitale Transformation kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten und helfen, Bedarfe und Handlungsoptionen der Siedlungs- und Flächenpolitik sehr viel präziser, zeitnaher, transparenter und vergleichbarer zu erfassen und zu prognostizieren.

Im Fachforum wurde diskutiert, welche Herausforderungen für eine bedarfsgerechte Flächenpolitik bestehen und welche Rahmenbedingungen und Tools für die Flächenpolitik bereitgestellt werden müssen, um die Synergien zwischen Digitalisierung und Flächenpolitik zu nutzen. Zudem sollte die Diskussion Impulse für den weiteren „Bund-/Länder-Dialog Fläche“ geben. Für das Fachforum waren rund 250 Teilnehmer*innen angemeldet.

Moderation

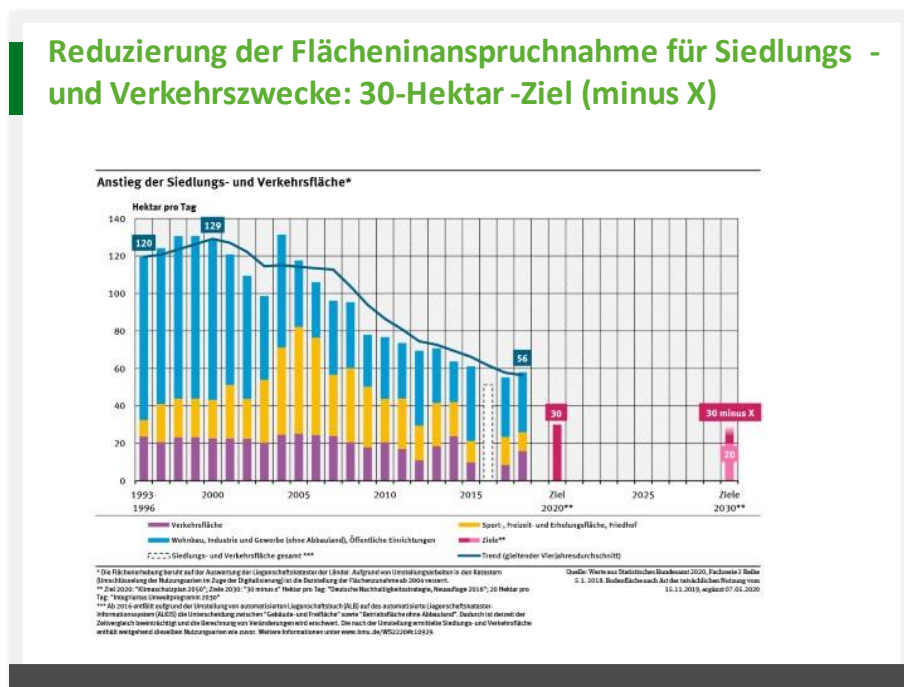
Katrin Fahrenkrug, Institut Raum & Energie

Block 1: Flächensparen für die Zukunftsfähigkeit ländlicher Kommunen

Aktuelle Herausforderungen und Zielsetzungen des Bund-/Länder-Dialogs Fläche

Thomas Preuß, Deutsches Institut für Urbanistik

Thomas Preuß stellt die aktuellen Herausforderungen der Flächeninanspruchnahme dar. Die Flächenneuanspruchnahme führt neben ökologischen auch zu städtebaulichen, sozialen und ökonomischen Herausforderungen. Zwar ist die Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesunken und lag 2018 bei 56 ha pro Tag, trotzdem wurde das in der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung verankerte Ziel von 30 ha im Jahr 2020 verfehlt. Nun gelte es, das inzwischen angepasste Ziel „30 Hektar minus X bis 2030“ zu erreichen.



Zur Erreichung dieses Ziels können drei Bausteine einer flächenpolitischen Strategie ansetzen:

- Kontingentierung einführen: wirksame Begrenzung und Steuerung der Flächenneuanspruchnahme,
- Innenentwicklung stärken: Mobilisierung von Bauland und Gebäuden im Bestand,
- Fehlanreize abbauen: Erhöhung der Effizienz der Flächennutzung.

Der Bund-/Länder Dialog Flächensparen setzt entlang dieser Herausforderungen und Bausteinen Leitthemen und initiiert einen breiten umweltpolitischen Diskurs zum Flächensparen sowie zur Ableitung von Empfehlungen für Bund und Länder zur Erreichung der flächenpolitischen Ziele. Dabei bestehen eine Reihe von Schnittstellen zu aktuellen Diskussionen, u.a. zur Baupolitik und zum Thema gleichwertige Lebensverhältnisse.

Präsentation zum Download [hier](#).

Instrumente und Beispiele für eine zukunftsfähige Flächen- und Siedlungspolitik im ländlichen Raum

Lutke Blecken, Institut Raum & Energie

Ausgehend von der Feststellung, dass eine flächensparende Siedlungspolitik dazu beitragen kann, die Attraktivität von Kommunen im ländlichen Raum als Arbeits- und Wohnstandort insgesamt zu stärken, zugleich aber derzeit in vielen Kommunen im ländlichen Raum einer nachhaltigen Siedlungspolitik noch keine ausreichende Bedeutung beigemessen wird, stellt Lutke Blecken Instrumente und Beispiele für eine nachhaltige Flächenpolitik dar.

Dabei macht er deutlich, dass es bereits eine ganze Reihe bereit erprobter Instrumente für eine nachhaltige kommunale Siedlungsentwicklung gibt. Daher gehe es weniger darum, neue Instrumente zu entwickeln, sondern vielmehr darum, Innenentwicklung vor Ort zu stärken, das Bewusstsein für die Problematik und die Potenziale vor Ort zu verbessern, und letztlich die bestehenden Instrumente dann auch konsequent anzuwenden.

Instrumente für eine nachhaltige Flächenpolitik

3. Regionalen Schulterschluss suchen

- Transparenz herstellen
- Effektivität steigern und Synergien nutzen
- **Siedlungsentwicklung interkommunal abstimmen**

Beispiel Entwicklungsagentur Rendsburg:
www.entwicklungsagentur-rendsburg.de

Entwicklungs-agentur

■ für den Lebens- und Wirtschaftsraum

■ Rendsburg

<div style="width: 20px; height: 10px; background-color: #f4a460; border: 1px solid black; margin: 0 auto;"></div> <p>I. Prioritätsstufe Entwicklung bis 2010</p>	<div style="width: 20px; height: 10px; background-color: #fff9c4; border: 1px solid black; margin: 0 auto;"></div> <p>II. Prioritätsstufe Entwicklung 2010-2020</p>	<div style="width: 20px; height: 10px; background-color: #e0e0e0; border: 1px solid black; margin: 0 auto;"></div> <p>III. Prioritätsstufe Entwicklung ab 2020</p>	<div style="width: 20px; height: 10px; background-color: #f4a460; border: 1px solid black; margin: 0 auto;"></div> <p>I. Prioritätsstufe Entwicklung bis 2010</p>	<div style="width: 20px; height: 10px; background-color: #fff9c4; border: 1px solid black; margin: 0 auto;"></div> <p>II. Prioritätsstufe Entwicklung 2010-2020</p>	<div style="width: 20px; height: 10px; background-color: #e0e0e0; border: 1px solid black; margin: 0 auto;"></div> <p>III. Prioritätsstufe Entwicklung ab 2020</p>
<p>Entwicklungspotenziale Wohnbauflächen / Gemischte Bauflächen</p>			<p>Entwicklungspotenziale Gewerbeflächen</p>		

20.01.2021
Fachforum „Digitalisierung und bedarfsgerechte Flächenpolitik“
www.raum-energie.de

Für einen deutlich am Flächensparen ausgerichteten Einsatz dieser Instrumente muss eine nachhaltige (interkommunale) Flächenpolitik politisch gewollt und als Daueraufgabe verstanden werden, indem die unterschiedlichen Instrumente aufeinander aufbauend verknüpft werden.

Informationen zu allen vorgestellten Instrumenten und Beispielen finden Sie u.a. auf dem Flächenportal des Umweltbundesamtes Aktion Fläche unter www.aktion-flaeche.de.

Präsentation zum Download [hier](#).

Umfrage

In einer Slido-Umfrage wird die These, dass es zu wenig Wohnungsneubau in den Städten und zu viel nicht bedarfsgerechten Wohnungsbau im ländlichen Raum gibt, von 75% der

Teilnehmenden bejaht. Dieses eindeutige Bild korrespondiert mit den Hinweisen aus dem Livechat.

Eine weitere Frage, zielte auf die zentralen Herausforderungen bei der Umsetzung einer nachhaltigen Flächenpolitik. Genannt wurden hier v.a. Kosten und Finanzierungsprobleme sowie rechtliche Hürden, die einer Aktivierung von Flächen entgegenstehen sowie der politische Druck in Kommunen, Bauland auszuweisen.

Kommentierung aus der Praxis

Angelika Sack, Landkreis Nienburg, Projekt KIF (Kommunaler Innenentwicklungsfonds) aus der BMBF-Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“

Dr. Fischer, ISOE, Projekt LebensRäume aus der BMBF-Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“

Frau Sack stellt das „Kommunen Innovativ“-Projekt „KIF“ vor. Der Landkreis Nienburg steht vor einem prognostizierten Bevölkerungsrückgang einhergehend mit der Alterung der Bevölkerung. In den Ortskernen kann bereits ein Funktionsverlust beobachtet werden, trotzdem werden Baugebiete im Außenbereich entwickelt. Um dieser Entwicklung entgegenwirken, soll die Innenentwicklung gefördert werden. Der Kreis hat dazu mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden ein eigenfinanziertes, interkommunales Finanzierungsinstrument entwickelt, das auf die regionalen Gegebenheiten zugeschnitten ist. Gemeinsam mit den Kommunen wurde erörtert, welche Themenstellungen bei der Förderung im Vordergrund stehen sollen. Es werden investive und nicht-investive Vorhaben der Innentwicklung gefördert. Die Einzahlung in den kommunalen Innenentwicklungsfonds richtet sich nach Steuerkraft und Bevölkerungszahl. Der Landkreis Nienburg zahlt in gleicher Höhe in den Fonds ein. Die Auszahlung erfolgt auf Basis eines Wettbewerbs zwischen den Förderanträgen nach klaren Kriterien. Der Umsetzungsprozess des KIF wurde von einer breiten Kommunikationskampagne begleitet, um durch Transparenz Vertrauen in das Instrument zu schaffen. Für die erfolgreiche Implementierung des Fonds waren Geduld und Zeit erforderlich.

Frau Dr. Fischer stellt das Projekt „LebensRäume“ vor, das in Zusammenarbeit zwischen dem Landkreis Steinfurt (Nordrhein-Westfalen), dem Öko-Institut e. V. und dem ISOE-Institut im Rahmen der BMBF-Fördermaßnahme „Kommunen Innovativ“ durchgeführt wurde. LebensRäume hat zum Ziel, Angebot und Nachfrage nach Wohnraum mit dem Ziel zu koordinieren, das vorhandene Wohnraumangebot generationengerecht zu nutzen. Frau Dr. Fischer stellt Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage bei älteren Hausbesitzer*innen zu ihrer Wohnsituation vor. Über die Hälfte der Befragten gab dabei an, über ungenutzte Wohnräume zu verfügen. Insbesondere gelte das für Einliegerwohnungen, die leer stehen. Der Frage, wie dieser potenzielle Wohnraum aktiviert und auf den Markt gebracht werden kann, begegnet das Projekt LebensRäume mit einer Orientierungsberatung für Hausbesitzer*innen zu Möglichkeiten des Umbaus, Wohnalternativen, Verkauf und Umzug. Der Generationenwechsel im Bestand kann jedoch nur erfolgreich sein, wenn es als Wohnalternative ein ausreichendes Angebot an kleineren, seniorengerechten Wohnungen gibt.

Präsentation zum Download [hier](#).

Block 2: Beispiele für digitale Instrumente für ein nachhaltiges Flächenmanagement im ländlichen Raum

Einfachheit vs. Komplexität – Digitalisierung im (inter-)kommunalen Flächenmanagement

Björn Braunschweig, Friedrich Schiller Universität Jena, Projekt Interko2, aus der BMBF-Fördermaßnahme „Stadt-Land-Plus“

Björn Braunschweig stellt das auf Basis der Erfahrungen des Projektes „Interko2“ der BMBF-Fördermaßnahme „Stadt-Land-Plus“ dar. So seien für ein nachhaltiges Flächenmanagement Daten erforderlich, hierbei spiele die Digitalisierung eine herausragende Rolle. Jedoch fehlen einheitliche Standards für die Erhebung und Verarbeitung von Daten hierfür: Die Datentiefe, der Wissensstand sowie die Transparenz der Daten variieren je nach Kommune, wodurch interkommunales Flächenmanagement und die Datennutzung erschwert werden. Digitale Tools sind daher notwendig, um Objektivität und Konsens zu erreichen.



Die digitalen Tools helfen, politische Entscheidungen zu treffen. Dafür müssen die digitalen Werkzeuge komplexe Sachverhalte auf einfache Weise darstellen, damit diese vor Ort auch genutzt werden können. Insbesondere im ländlichen Raum nimmt dieser Aspekt eine wichtige Rolle ein, da aufgrund von eingeschränkten personellen Ressourcen mehr Generalisten als Fachpersonal vorhanden sind.

Präsentation zum Download [hier](#).

WebWiko – digitale Planungstools für eine transparente interkommunale Flächenpolitik

Benjamin Möller, Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen e. V.

Benjamin Möller stellt das im Rahmen der BMBF-Fördermaßnahme „Kommunen Innovativ“ erarbeitete Projekt „WebWiko“ und das daraus entstandene Produkt „Demografie-Toolbox“ vor. Die „Demografie-Toolbox“ ist ein digitales Instrument für Bevölkerungsprognosen auf klein- und kleinräumlicher Ebene. Es stellt die Grundlagenarbeit für weitergehende Analysen dar, darunter auch Analysen zum Thema Fläche. Durch das Abrufen von

Wanderungsbewegungen werden regionale Flächenbedarfe aufgezeigt. Das Planungstool kann auch von Kommunen außerhalb des Kommunalverbundes Niedersachsen/Bremen genutzt werden.



Weitere Informationen zum Werkzeug WebWiKo unter webwiko.regio-gmbh.de.

Präsentation zum Download [hier](#).

Flächenrechner des Umweltbundesamtes

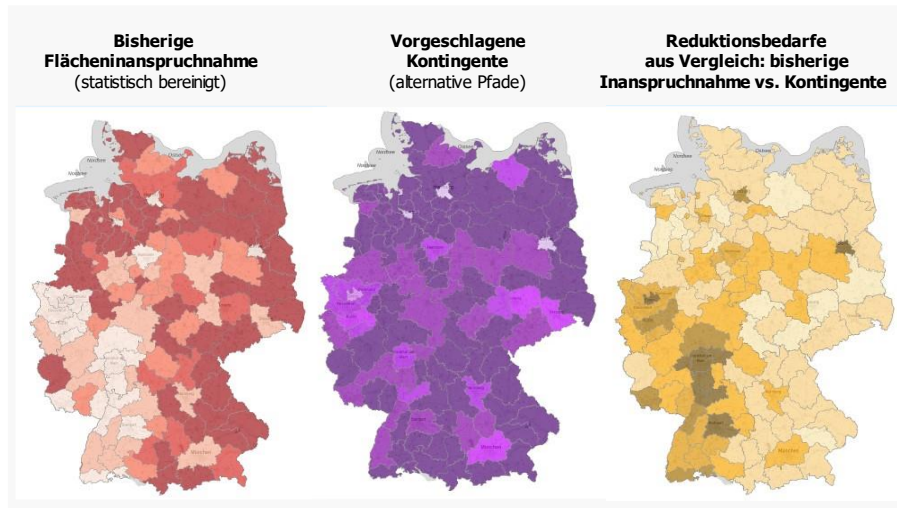
Dr. Jens-Martin Gutsche, Gertz Gutsche Rümenapp

Dr. Gutsche stellt den Flächenrechner des Umweltbundesamtes vor, der im Rahmen des Vorhabens „Bund-/Länder-Dialog Flächensparen qualifiziert wurde und in einer Entwurfsfassung vorliegt. Auf einer Dialogveranstaltung im Februar 2021 wird das Werkzeug mit Vertreter*innen von Bund, Ländern, Regionen und Kommunen diskutiert. Der Flächenrechner informiert Planer*innen in Kommunen, Landkreisen, Regionen und Bundesländern darüber, welcher Umfang an Flächenneuausweisungen im Außenbereich möglich wäre, wenn ein bundespolitisches Flächenziel von 30-X Hektar bis zum Jahr 2030 verbindlich umzusetzen wäre. Er stellt folgende Aspekte auf verschiedenen räumlichen Ebenen (Kommunen und Kreise, Planungsregionen und Bundesländer) kartografisch dar:

- Bisherige Flächeninanspruchnahme (2009 bis 2017): Es werden Informationen über die Einwohner*innenzahl und die bisherige mittlere Flächenneuanspruchnahme pro Jahr bzw. pro Tag abgerufen. Darüber hinaus kann die mittlere Flächeninanspruchnahme pro Jahr und Einwohner*in ermittelt und somit ein Vergleich mit höheren administrativen Gebietseinheiten gezogen werden.
- Vorgeschlagene Kontingentierung zur Erreichung des „30 ha minus X“-Ziels: Diese Darstellung gibt Aufschluss darüber, wie viel Fläche in Hektar verschiedene räumliche Ebenen bei einem Reduktionsziel von 24ha/Tag bis 2030 in Anspruch nehmen dürfen.

Die Zuweisung für Kommune erfolgt nach Einwohnerzahl und ist aus dem „Modellversuch Flächenhandel“ übernommen.

- Vergleich von Kontingenten und bisheriger Inanspruchnahme: Diese Darstellung vermittelt den Nutzerinnen und Nutzern Wissen über die Reduktionsbedarfe der Flächeninanspruchnahme im Falle einer Kontingentierung. Im ländlichen Raum liegt der Reduktionsbedarf i. d. R. höher als in städtischen Gebieten.
- Darstellung der Anzahl theoretisch realisierbarer neuer Wohneinheiten in gering verdichteten bzw. verdichteter Bauweise auf Basis der errechneten Flächenkontingente.



Der Flächenrechner stellt somit eine Informationsmöglichkeit für eine nachhaltige Flächenpolitik dar. Durch die grafische Darstellung und Gegenüberstellung zwischen bisheriger Flächeninanspruchnahme und einer Kontingentierung wird die Notwendigkeit einer flächensparenden Siedlungspolitik deutlich.

Präsentation zum Download [hier](#).

Zum Flächenrechner: www.raum-energie.de/UBA-Flaechenrechner

Kommentierung von Vertreter*innen des Bundes und der Länder

Jens-Uwe Staats, Bundesministerium für Inneres, für Bau und Heimat

Klaus Goede, Ministerium für Inneres, Ländliche Räume, Integration und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein

Herr Staats betont, dass Digitalisierung zur Raumentwicklung beiträgt, indem das Wissen über Entwicklungen im Raum durch Geo- und Nutzerdaten gesteigert wird. Es müsse allerdings hinterfragt werden, wie die einzelnen Komponenten im Zusammenhang stehen und sich zueinander verhalten. Zentral ist die Frage, wie sich die Digitalisierung auf die Regionalplanung auswirkt. Im Zentrum steht dabei die Frage, welche Tools zur Verfügung stehen.

Der Input von Björn Braunschweig zeige deutlich, dass die Möglichkeiten der Digitalisierung noch nicht vollständig ausgenutzt werden. Vor allem in Verwaltungen und Behörden sind der Zugang und die Verfügbarkeit von Software ausbaufähig. Um die Potenziale ausschöpfen zu

können ist es notwendig, dass das Verwaltungspersonal sich mit neuen Herausforderungen auseinandersetzt und geschult wird, nicht nur in der Ausbildung an Hochschulen, sondern auch ständig durch Fortbildungen. Herr Staats fasst zusammen, dass noch viel zu tun ist, um die Potenziale der Digitalisierung in der Raumentwicklung voll ausschöpfen zu können.

Herr Goede erläutert, dass die Städte und Gemeinden aufgrund ihrer Planungshoheit die Aufgabe annehmen müssen, sparsam mit Fläche umzugehen. Digitale Daten können dabei Antworten geben, wie sich der Raum entwickelt und welche Entwicklungsdynamiken bestehen. Wichtig dabei ist, dass die Daten kleinräumig aufbereitet sind und für einzelne Entscheidungsträger verständlich und handhabbar sind. Herr Goede sieht darin zurzeit die größte Hürde. Die Digitalisierung in der Raumplanung unterstützt Kommunen dabei, in Bezug auf die Handlungserfordernisse zu sensibilisieren. Zurzeit ist u.a. aufgrund des geringen Zinsniveaus die Nachfrage nach Wohnraum in Schleswig-Holstein höher als der durch die demografische Entwicklung begründete Bedarf, aber diese Unterscheidung kommt oftmals in den Kommunen nicht an. Es gilt, richtige Botschaften zu vermitteln und für andere, als die herkömmlichen Bedarfe zu sensibilisieren. Dabei sind Visualisierungen ein adäquates Mittel, um die Potenziale der dorfgerechten Innenentwicklung und des Flächensparens aufzuzeigen. Es geht darum, Entwicklungsvisionen zu transportieren. Herr Goede geht abschließend darauf ein, dass eine große Hürde darin besteht, dass die Innenentwicklung keine Pflichtaufgabe ist und keine Haushaltsmittel für eine effiziente Flächenentwicklung im Innenbereich zu Verfügung stehen. Eine Vielzahl der Kommunen könne nicht auf die Fördermittel aus der Städtebauförderung zurückgreifen.

Block 3: Bund-/Länder-Dialog Fläche

Diskussion und Empfehlungen

Peter Fritsch, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, leitet die Diskussion mit der Feststellung ein, dass die ermutigenden Vorträge gezeigt haben, dass es nicht an Werkzeugen fehlt. Vielmehr werden diese stets weiterentwickelt und können einen Beitrag zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme leisten. Trotzdem wurde das 30-Hektar-Ziel nicht erreicht. Das heißt, dass weiterhin wertvolle landwirtschaftliche Fläche verbraucht wird und dadurch zukünftige Generationen ihrer Entwicklungschancen beraubt werden. Die Flächeninanspruchnahme verursacht Kosten in den Kommunen, die nicht immer gesehen werden. Die Digitalisierung ist ein großer Schritt nach vorn. Herr Fritsch greift die Frage aus dem Livestream „Wenn wir Daten, Werkzeuge und Planungsinstrumente haben: Was brauchen wir noch für ein Flächenmanagement in Richtung des 30-Hektar-X-Ziels bis 2030?“ auf. Diese sei die zentrale Frage des Bund-Länder-Dialogs.

Es werden Fragen aus dem Livechat beantwortet:

- Wie können Kommunen bewegt werden, sich verstärkt mit Immobilienbestand und Innenentwicklung auseinanderzusetzen?

Herr Fritsch verweist auf die Bodenschutzklausel des BauGB und die Möglichkeit der Erfassung von Potenzialen im Bestand. Diese werden jedoch oft nicht erhoben, da Bürgermeister*innen oftmals die Wahrnehmung haben, dass sie einen guten Überblick

über die Flächenpotenziale in der Kommune haben. Allerdings ist diese Wahrnehmung oftmals verzerrt. Die Erhebung der Potenziale im Innenbereich ist nicht sehr kostenintensiv und viele Bundesländer stellen Kommunen auch entsprechende Tools zur Verfügung.

Frau Sack erläutert, dass ein interkommunaler Dialog sehr hilfreich ist. Kommunen haben oftmals ähnliche Probleme, sodass ein gemeinsamer Ansatz befruchtend ist. Gleichzeitig betont Frau Sack, dass ein interkommunaler Ansatz Zeit braucht.

- Inwieweit spielt die Entwicklung von Gewerbeflächen (Stadt-Umland-Bereich, nicht-periphere ländliche Räume) eine Rolle und ist (und wenn ja wie) diese in den Tools hinterlegt?

Herr Braunschweig erläutert, dass gewerbliche Flächen betrachtet werden, um endogene Entwicklungsmöglichkeiten zu beobachten. Die digitalen Tools sind dafür da, ein vernetztes Denken zwischen Mobilität, Gewerbe und Demografie zu fördern.

Frau Fahrenkrug betont, dass aufgrund der Vielzahl der Fragen nicht alle Beiträge beantwortet werden können. Sie werden aber in den weiteren Dialogprozess eingespeist.

Weitere Themen und Fragestellungen für den Bund-/ Länder-Dialog

Frau Fahrenkrug bittet die Beteiligten, das Fachforum Revue passieren zu lassen und fragt, welche Themen für den weiteren Dialog wichtig sind und was sie sich vom Bund-Länder-Dialog erhoffen.

Herr Staats betont, dass Akteure aus den Finanz- und Wirtschaftsministerien sowie der Verkehrsplanung und -politik und Vertreter*innen der ländlichen Räume bzw. des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft in den Dialog einbezogen werden müssen. Die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme ist ein interdisziplinäres Thema.

In diesem Zusammenhang betont Herr Fritsch die Wichtigkeit von landwirtschaftlichen Flächen. Der Flächenverbrauch findet überwiegend dann statt, wenn Kommunen Bauland und Straßen ausweisen. Dadurch werden in erster Linie landwirtschaftliche Flächen verbraucht. Der Bund muss an dieser Stelle die regulativen Instrumente nutzen, aber vor allem einen Dialog initiieren, der die relevanten Fragen aufgreift.

Das Fachforum hat deutlich gemacht, dass weiterhin mehr Überzeugungs- und Aufklärungsarbeit geleistet werden muss, um das 30-Hetar-X-Ziel zu erreichen. Es muss deutlich gemacht werden, dass Flächenverbrauch Zukunftsverbrauch ist. In diesem Zusammenhang muss über eine Kontingentierung der Flächeninanspruchnahme nachgedacht werden und es müssen bestehende Fehlanreize abgebaut werden. Beide Themen werden im Bund-/ Länder-Dialog thematisiert.

Abschließend leiten Dr. Michael Melzer, Institut Raum & Energie, und Thomas Preuß, Difu, die zentralen Ergebnisse der Veranstaltung ab:

1. Innenentwicklung ist kein Selbstläufer und erfordert Förder- und Informationsmaßnahmen.

2. Der Flächenrechner zeigt beispielhaft Möglichkeiten der Digitalisierung für das Flächensparen auf und wird in einer eigenen Veranstaltung vorgestellt und diskutiert.
3. Fehlanreize abzubauen ist ein komplexes Thema, das viel Abwägung erfordert. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass es zahlreiche rechtliche Vorgaben und Förderprogramme gibt, die die Flächenneuanspruchnahme begünstigen.
4. Es ist eine konzertierte Aktion und das Zusammenspiel verschiedener Akteure nötig, um das flächenpolitische Ziel zu erreichen.

Wedel/Hamburg, 17.03.2021